

### Wieland war schon immer da....



Von: Frank Karrenberg

1986 bin ich in die SPD eingetreten und Wieland war schon da. Das erste Mal traf ich Wieland im Bramfelder Kulturladen. Damals, Mitte der 80er, war das BraKula noch das kulturelle Zuhause der Jusos Bramfeld. Das BraKula war „unser“ Haus. Damals haben wir viel in Eigenregie gemacht. Ob mal wieder etwas am Dach geflickt wurde, die Hausfront einen neuen Anstrich brauchte oder die Gruppenräume neu gestrichen werden mussten, zwei helfende Hände waren oftmals mit dabei. Es waren die Hände von Wieland Kerschner. Wieland war eigentlich immer da, wenn helfende Hände benötigt wurden. Aber wer war Wieland? Wieland wurde vor mehr als 60 Jahren geboren und lebte seit mittlerweile fast 40 Jahren in Hamburg. Nach dem Abitur hat er eine Ausbildung zum Großhandelskaufmann für Sanitärtechnik gemacht, aber, wie er einmal selbst sagte, in dem Job nie richtig Fuß fassen können. Dann hat Wieland an der Universität Hamburg Rechtswissenschaften studiert, aber das „Examen versägt“ (O-Ton Wieland). In der modernen Arbeitswelt ist Wieland nie wirklich angekommen. Insgesamt war er 15 Jahre ohne Job. Er war halt oftmals anders. Zwischenzeitlich hatte er kurzfristige Aushilfsjobs, bei der Deutschen Post oder in der Bibliothek der Universität Hamburg. Doch die meiste Zeit seines Lebens hieß es für Wieland: Ein Leben in Ein-Euro-Jobs. Wieland hat an der juristischen Fakultät Bücher einsortiert und Kataloge korrigiert. Wieland hat im Herbarium Pflanzen ins Datennetz eingepflegt. Zuletzt hat Wieland in der Antiquariatsbuchhandlung in der Rathauspassage Hamburg gearbeitet. Er war seit mehr als 30 Jahren Mitglied der SPD. Für Wieland war die SPD immer Familie und Zuhause. Er war „immer“ für seine SPD da!

Wieland war immer da, wenn hieß Plakate aufstellen, Plakatständer reparieren, Flyer verteilen. Immer wenn helfende Hände benötigt wurden, Wieland war da. Politisch hat Wieland immer leidenschaftlich für „seine“ SPD gestritten. Aber andere Meinungen akzeptieren? Sein Lieblingsausdruck „Du hast doch keine Ahnung“ in Verbindung mit einem Monolog über Wielands Sicht der Welt klingt immer noch in meinen Ohren. Und das wird bleiben. Aus seiner Sicht machten alle alles falsch. Aus seiner Sicht wäre er der ideale Parteivorsitzende der SPD gewesen. Ja, Wieland war anders. Leider stand er sich oftmals selber im Weg. Aber er war ein Original, er war ein Unikum. Und wenn man wie ich, tiefere Gespräche mit Wieland führen konnte, dann verbarg sich darunter ein ganz anderer Mensch. Wieland konnte auch zuhören. Zudem war er sehr belesen, Musik war seine Leidenschaft und natürlich die Kunst. Irgendwann hat er angefangen selbst zu malen. In seinen Bildern hat er einige bekannte Gebäude und Menschen remixed. Am 30. August diesen Jahres wurde eine Ausstellung seiner Bilder im BraKula eröffnet. Hier schließt sich ein Kreis. Wieland war schon immer da, im BraKula. Wieland war immer da. Wieland war ein Mensch der Hoffnungen und Träume hatte, der aber auch Ängste hatte und Enttäuschungen erleben musste. Wieland war immer da. Immer wenn helfende Hände in der SPD benötigt wurden. „Frag doch mal Wieland“ oder „Das kann doch Wieland machen“, wie oft habe ich diese Sätze gehört und auch selbst gesagt. Und ja, Wieland hat es gemacht, für „seine“ SPD. Wieland war immer zuverlässig. Aber haben wir das wirklich honoriert? Irgendwann, es ist noch gar nicht so lange her, da sagte Wieland zu mir: „Du mein größter Traum ist, einmal als ordentlicher Kreisdelegierter und ordentlicher Landesdelegierter gewählt zu werden.“ Es tut mir leid mein Freund, dass wir es Dir nicht ermöglichen haben Deinen Traum noch zu erfüllen. Es erfüllt mich heute noch mit Scham. Denn nun ist Wieland nicht mehr da. Lieber Wieland, ja Du warst anders. Du konntest nerven, Du konntest einen zur Weißglut treiben. Aber Du warst auch immer der Hilfsbereite, der Zuverlässige und immer ein ganz wichtiger Mensch in unserem Distrikt. Wir Dein Distrikt, Deine politische Familie, wir werden Dich vermissen, ich werde Dich vermissen. Denn nun wirst nie mehr da sein. Nein, falsch. Natürlich wirst Du immer da sein, in unseren Gedanken und in unseren Herzen. Vorwärts – und nicht vergessen! Und „Danke“ für alles!





## Mitgliederzeitung Oktober 2018

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Wie ich euch schon mitteilte, ist unser Weggefährte Wieland Kerschner verstorben. Mir fehlen immer die Worte für das unfassbare. Sein Tod hinterlässt eine große Leere. Dennoch wäre es auch in Wielands Sinne das wir uns den politischen Themen zuwenden. Und so wollen wir versuchen wieder ein wenig Normalität in unsere Distriktsarbeit einfließen zu lassen. Das Thema Migration ist in den letzten Wochen wieder zunehmend in den Fokus gerückt, auch bei uns im Distrikt. Nicht nur die Vorkommnisse in Chemnitz und Köthen sondern auch die großen Demonstrationen für eine humane Fluchtpolitik in Deutschland, in der EU. In den Mittelpunkt der Debatte um eine humanere Politik gegenüber Geflüchteten rückte das Sterben im Mittelmeer. Viele Menschen stehen dagegen auf, Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, Helferinnen und Helfer zu kriminalisieren und die Abschottung Europas weiter voranzubringen. War und ist Migration nicht schon immer Teil unserer europäischen Gesellschaft. Stehen wir für ein Deutschland, ein Europa das die Grenzen dicht macht, oder stehen wir für ein offenes Europa, mit solidarischen Städte und sichere Häfen? Aber wie können wir die Achtung der Menschenrechte und des internationalen Rechts mit einer Steuerung der Migration von Geflüchteten in einem Konzept vereinen kann? Liebe Genossinnen und Genossen, diesen Themenkomplex wollen wir auf unserer nächsten Distriktsversammlung diskutieren. Auf den kommenden Seiten findet ihr einige Fakten und zwei Resolutionen über die wir auf der Distriktsversammlung abstimmen werden. Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst



### Themen:

Städte der Zuflucht Und Seenotrettung	Seite 2
EU und Flucht	Seite 2
Resolution Seebrücke	Seite 4
Resolution Hamburg	Seite 4
Bleibt sicherer Hafen	
Beschluss Europa Rat	Seite 6

### Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

**Datum: 9. Oktober 2018**

**Thema: Migration**

**Referent: Uwe Giffei**

**SPD Bürgerschaftsabgeoneter**  
(angefragt)

**Ort: BSV Treff, Ellernreihe 88**

**Uhrzeit: 19:30 Uhr**

*Unsere Distriktsversammlungen finden grundsätzlich jeden 2. Dienstag im Monat statt. Ort ist meistens der BSV-Treff, Ellernreihe 88.*

**Termin:**



**Diskussion: Hamburg - Stadt der Zuflucht? Solidarische Flüchtlingspolitik auf kommunaler Ebene**

**Prof. Dr. Gesine Schwan** (Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH), **Ignasi Calbó Troyano** (Flüchtlingskoordinator der Stadt Barcelona) und **Dr. Dirk Gebhardt** (Experte für Multilevel-Governance, Universität Pompeu Fabra, Barcelona) diskutieren über solidarische Flüchtlingspolitik auf kommunaler und europäischer Ebene unter Moderation von Burkhard Plemper (Journalist).

Freitag 28. September 2018, 18 Uhr  
Hörsaal im Rechtshaus, Rothenbaumchaussee 33,  
20148 Hamburg

**Impressum (V.i.S.d.P):**

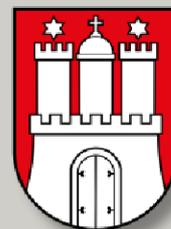
**SPD Bramfeld-Süd**  
c/o Andreas Ernst  
Seekamp 18  
22177 Hamburg

**Kontakt und Information:**  
**SPD Bramfeld-Süd**  
[www.spd-bramfeld.de](http://www.spd-bramfeld.de)

**E-Mail:**  
[sued@spd-bramfeld.de](mailto:sued@spd-bramfeld.de)

**Bramfeld-Süd**

**SPD**



## „Städte der Zuflucht“ und Seenotrettung

Von: Jens Schwieger

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, auch ich als Abgeordneter bin empört über das Sterben im Mittelmeer. Es wirksam zu verhindern ist und bleibt nach meiner Auffassung vordringlich eine Aufgabe der Bundesregierung und der Europäischen Union. Für mich ist klar: Seenotrettung ist eine Pflicht zu der es keine Alternativen gibt. Eine Kriminalisierung von ehrenamtlichen Seenotretterinnen und Seenotrettern ist für mich indiskutabel und wir sollten dort auch politischen Widerstand leisten. Für mich ist auch klar, dass Geflüchtete in Hamburg immer willkommen sind. Hamburg war in den letzten Jahren immer eine offene, solidarische Städte und ein sicherer Hafen für Menschen die vor Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung geflohen sind. Und dies werden wir auch bleiben. Alle Hamburgerinnen und Hamburger haben erhebliches geleistet: Menschen aus der Zivilgesellschaft die ehrenamtlich unterstützen, die Hamburgische Verwaltung und nicht zuletzt auch breite Teile der Politik. Schwierig in der aktuellen Diskussion finde ich die Verknüpfung des Themas „Seenotrettung“ mit dem Thema „Städte der Zuflucht“. Hamburg hat immer erklärt sich an gemeinsamen, zwischen EU, Bund und Ländern abgestimmten Aufnahmeverfahren zu beteiligen und Menschen in Not aufzunehmen. „Städte der Zuflucht“ ist eher ein symbolischer Akt von einigen Städten mehr geflüchtete Menschen aufzunehmen. Wenn man Stadt der Zuflucht nennt, ändert das aber an der realen rechtlichen Situation nichts. Ich denke der Beschluß des Parteivorstandes vom am 2. Juli 2018 sollte unser aller Unterstützung finden. Darin heißt es: *„Das Schicksal der Migranten, das Sterben auf dem Mittelmeer, gebietet, das Geschäft krimineller Schlepper, die das Leben von Menschen bedenkenlos auf das Spiel setzen, zu unterbinden. Dabei ist für uns klar: Seenotrettung ist eine uneingeschränkte humanitäre Pflicht und muss sich auf verlässliche nationale wie europäische Regeln stützen können.“* Hamburg als alte Hafenstadt mit einer jahrhundertealten Zuwanderungstradition hat noch nie nein gesagt zur Aufnahme von Flüchtlingen und ist weiter bereit, Menschen aufzunehmen. Und tut das auch. Aber nicht ungeregelt. Hamburg hat in den letzten Jahren über 50.000 Geflüchteten ein neues Zuhause gegeben. Wir sind hier in Hamburg ganz sicher nicht Teil eines Abschreckungsszenarios durch Unterlassen. Wir können auf die europäische Fluchtpolitik nur geringen Einfluß ausüben. Zuständig für die Situation an den Außengrenzen der EU und die Aufnahmeprogramme sind vornehmlich die EU und



die Bundesregierung. Nur sie können rechtlich verbindliche Vereinbarungen mit den Mittelmeerländern und den EU Mitgliedsstaaten treffen. Anstatt symbolische Akte zu verabschieden, sollten wir sehr deutlich dafür einsetzen, dass wir Entscheidungen der Bundesregierung zur Aufnahme weiterer Geflüchteter aus dem Mittelmeer einfordern und unterstützen – dann wird Hamburg sicherlich seinen humanitären Teil Hamburg wie bisher beitragen. Eine folgenlose öffentliche Erklärung Hamburgs zu einer offenen Stadt der Zuflucht finde ich schwierig. Gerade angesichts des Ernstes der Lage im Mittelmeer sollte sich Politik auf belastbare und konkrete Maßnahmen beziehen. Wenn die Erklärung zur „Stadt der Zuflucht“ aber keine weiteren Folgen hat, weil es dazu keinen rechtlichen Rahmen gibt, wird das Vertrauen in Politik eher weiter untergraben. Eine solche Erklärung würde in dem Sinne missverstanden werden, als würden in Hamburg Flüchtlinge an den Regelungen des europäischen und deutschen Asylrechts vorbei aufgenommen.

## EU und Flucht: Zahlen und Fakten

Von: Andreas Ernst

Die Ankunft von über einer Million Asylsuchenden und Migrantinnen und Migranten in Europa im Jahr 2015 hat die EU, Deutschland und auch Hamburg vor große Herausforderungen gestellt. Daher wollen wir erst einmal einen Blick auf die Fakten werfen:

### Geflüchtete und Asylsuchende - Eine Begriffsbestimmung

**Asylsuchende** sind Menschen, die in einem anderen Land einen formalen Asylantrag stellen, da sie in ihrem Herkunftsland um ihr Leben fürchten müssen.

**Geflüchtete** sind Menschen mit einer begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, die als solche im Aufnahmeland anerkannt und aufge-



nommen worden sind. Die EU-Anerkennungsrichtlinie legt Normen für die Gewährung des internationalen Schutzes fest. Derzeit müssen Drittstaatsangehörige in dem Mitgliedstaat um Schutz ansuchen, in dem sie zum ersten Mal EU-Boden betreten. Durch die Antragstellung werden sie zu (Asylsuchenden. Erst durch den positiven Entscheid der nationalen Behörden erhalten sie den Flüchtlingsstatus oder eine andere Form des internationalen Schutzes. **Asylentscheidungen in der EU**

Im Jahr 2017 wurden 728 470 Anträge auf internationalen Schutz in der EU gestellt. Dies entspricht einem Rückgang von 44 Prozent im Vergleich zu 2016, als es fast 1,3 Millionen Anträge gab. Im Jahr 2017 gewährten die EU-Länder mehr als 538 000 Menschen Schutz, was einem Rückgang um fast 25 Prozent gegenüber 2016 entspricht. Die größte Gruppe von Personen, denen im Jahr 2017 in der EU der Schutzstatus zuerkannt wurde, waren Staatsangehörige Syriens (fast ein Drittel der Schutzberechtigten), darauf folgten Staatsangehörige Afghanistans und des Irak. Von den 175 800 syrischen Staatsangehörigen, denen in der EU der Schutzstatus zuerkannt wurde, erhielten mehr als 70 Prozent den Schutzstatus in Deutschland.

## Lage im Mittelmeer

Die europäische Grenz- und Küstenwache sammelt Daten über die illegalen Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen, die von den nationalen Behörden gezählt werden. In den Jahren 2015 und 2016 sind über 2,3 Millionen illegale Grenzübertritte festgestellt worden. Im Jahr 2017 sank die Gesamtzahl der illegalen Grenzübertritte auf 204 700, den niedrigsten Stand seit vier Jahren. Da eine Person eine Grenze mehr als einmal überschreiten kann, fällt die Zahl der Personen, die nach Europa gekommen sind, niedriger aus. Dennoch standen die Mitgliedstaaten unter enormem Druck. Im Jahr 2017 ist 439 505 Personen an den EU-Außengrenzen die Einreise verweigert worden. 2018 haben bisher über 43 000 Menschen ihr Leben bei dem Versuch, auf dem Seeweg nach Europa zu gelangen, riskiert (Stand vom 26.6.2018) und vermutlich an die 2-3000 Menschen sind ertrunken. 172 300 Menschen erreichten Europa im Jahr 2017 über das Meer (weniger als die Hälfte als 2016). 2017 verloren 3 139 Menschen ihr Leben auf der Überfahrt, verglichen mit 5 096 im Jahr 2016.

## Illegal aufhältige Migrantinnen und Migranten

Im Jahr 2015 sind in der EU 2,2 Millionen Drittstaatsangehörige als "illegal aufhältig" aufgegriffen worden. Bis 2017 sank die Zahl auf knapp über 600 000. "Illegal aufhältig zu sein" kann bedeuten, dass



sich eine Person nicht ordnungsgemäß registriert oder den Mitgliedstaat, der für die Prüfung ihres Asylantrags zuständig ist, verlassen hat. Das ist an sich aber kein Grund, um die Person aus der EU auszuweisen.

## Was denken die Europäer über Migration?

Die Bewältigung der Migration ist eine Priorität der EU. Verschiedene Maßnahmen sind gesetzt worden, um die Krise zu bewältigen und das Asylsystem zu verbessern. Laut einer EU-Umfrage, die im Mai 2018 veröffentlicht worden ist, sind 72 Prozent der Unionsbürger jedoch der Ansicht, dass die EU hier noch stärker tätig werden sollte. Die Europäische Union hat ihre Mittel für die Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik infolge des Anstiegs von Asylsuchenden im Jahr 2015 erheblich aufgestockt. In den bevorstehenden Verhandlungen über den EU-Haushalt für die Zeit nach 2020 wird das Parlament zusätzliche Mittel für die Migration fordern. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks mussten sich im Jahr 2017 pro Tag durchschnittlich 44 000 Menschen auf die Flucht begeben. Die Länder, die die meisten Flüchtlingen beherbergen, sind die Türkei, Pakistan, Uganda, der Libanon, der Iran und Deutschland. 85 Prozent aller Flüchtlinge weltweit sind in Entwicklungsländern untergebracht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bund, wie auch in Hamburg und vor Ort übernehmen Verantwortung für Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen. Dennoch denke ich, dass als erstes Europa gefordert ist. Und zwar Europa als Ganzes. Das gilt für die Aufnahme und Versorgung von Schutzsuchenden genauso wie für die Bekämpfung der Fluchtursachen. Mein Standpunkt ist, dass wir die Herausforderungen der Flüchtlingsaufnahme europäisch bewältigen und den Staaten in Südeuropa, in die die meisten Schutzsuchenden einreisen, helfen. Diese Staaten haben Anspruch auf besondere Unterstützung. Auf finanzielle und administrative Hilfen, aber auch darauf Geflüchtete



hier auf zu nehmen. Dabei muss es klare Verabredungen über die Aufnahme von Geflüchteten geben und dies klarer Übereinstimmung mit den Menschenrechten. Nationale oder gar kommunale Alleingänge halte ich für gefährlich. Für unsere Stadt, unser Land und für Europa.

## Resolution - „Seebrücke“

Von: **Karin Coch**

SEENOTRETTUNG  
IST NICHT KRIMINELL!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, unten stehend findet ihr eine Resolution die ich auf der kommenden Sitzung am 9. Oktober einbringen möchte. Ich hoffe auf eure Bereitschaft zu einer lebhaften Diskussion und auf eure Zustimmung.

### Resolution:

#### **Beschlussvorlage für den Distrikt Bramfeld-Süd am 11.9.18**

Der Distrikt Bramfeld-Süd fordert den Hamburger Senat und die Hamburgische Bürgerschaft auf, eine Soforthilfe für aus Seenot gerettete Flüchtlinge in Hamburg anzubieten. Die Stadt nimmt z.Zt. ein Kontingent von Geflüchteten auf. Der Flüchtlingszustrom ist in den letzten Jahren jedoch gesunken, so dass es Kapazitäten in Hamburg gibt, um in Not geratene Menschen aufzunehmen.

### **Begründung:**

Hamburg ist eine reiche Stadt und gibt sich gern weltoffen. Das sollte sie in dieser Situation beweisen. Dann bleiben Worte wie Weltoffenheit glaubhaft. Entsprechend dem internationalen Seerecht müssen Menschen, die in Seenot geraten sind, aufgenommen werden. Das heißt auch, dass sie an Land gebracht werden müssen. Wenn Malta und Italien die Anlandung untersagen, ist es geboten, dass Deutschland und andere europäische Länder Hilfe anbietet. Menschen in Not können nicht warten, bis es eine europäische Lösung gibt. Auch wenn die SPD Teil der Bundesregierung ist, darf sie Seehofer in seiner Politik nicht unterstützen. Die SPD sollte sich diese Politik nicht zu eigen machen und sich nicht hinter Seehofer verstecken. Die SPD ist gefordert, ein klares Profil zu zeigen, auch bei diesen schwierigen Themen, die obendrein viele Ressentiments in der Bevölkerung schüren. Die SPD sollte eine klare Linie gegen alle konservativen bis rechtsradikalen Kräfte fahren. Es ist für unsere Partei nichts ge-

wonnen, wenn wir uns in dieser Frage wegduckten. Die seehofersche Politik hat gezeigt, dass seine Umfragewerte sinken und er damit auch die AFD nicht zurückdrängen kann. Diese Fehler sollte die SPD nicht machen.

## Resolution - „Hamburg bleibt sicherer Hafen“

Von: **Andreas Ernst/Jens Schwieger**



### **Keine Kriminalisierung von Seenotretterinnen und -rettern – Hamburg ist und bleibt ein sicherer Hafen für Geflüchtete**

Hamburg ist eine weltoffene Hafenstadt. Seenotrettung ist schon immer mit Hamburg und dem Hafen verbunden. Für Hamburgerinnen und Hamburger war und ist es immer ein Gebot der Humanität. Migration und Flucht sind Teil der Geschichte Hamburgs. Auf internationale Fluchtbewegungen hat Hamburg nie mit Abschottung reagiert, sondern mit Verantwortung. Hamburg ist in den letzten Jahren für mehr als 50.000 Geflüchtete ein sicherer Hafen geworden, das entspricht unserem Selbstverständnis. Deutschland wird dieses Jahr rund 150.000 bis 200.000 Flüchtlinge aufnehmen, Hamburg entsprechend der bundesweiten Verteilungsregeln mehrere tausend Menschen. Nach wie vor ist die Integration von geflüchteten Menschen eine große Herausforderung. Auch in Zukunft werden viele Menschen vor Krieg und Gewalt, aber auch vor Folgen der Armut und des Klimawandel fliehen. In der Folge versuchen viele Geflüchtete über das westliche Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Der Weg über das Mittelmeer ist ein gefährlicher: Die von Schleusern organisierten Boote sind nicht dafür gebaut, jemals das rettende Ufer zu erreichen. Zudem werden die Boote hoffnungslos überladen, die Menschen sind vielfach ohne ausreichend Trinkwasser, Schwimmwesten und Treibstoff auf sich allein gestellt. Die Europäische Union verfolgt mit der Operation SOPHIA den Auftrag, Menschenschmuggel und Schleuser zu bekämpfen und deren Infrastruktur im südlichen zentralen Mittelmeer zwischen der italienischen einerseits und der tunesischen und libyschen Küste zu zerschlagen. Die Operation SOPHIA hat in den Jahren 2015-2017 57.438 Menschen aus akuter Seenot gerettet. Eine gezielte staatliche Seenotrettungsmission durch EU Mitgliedsstaaten findet derzeit nicht statt. Die Zahl der durch SOPHIA geretteten Menschen ist rückläufig. Während 2016 noch 22.885 Menschen gerettet wurden, waren es 2017 nur noch 10.668. Diese Fakten zeigen, dass



die humanitären Hilfsorganisationen darunter auch zahlreiche deutsche, staatliches unterlassen bei der Seenotrettung ausgleichen. Im Jahr 2015 haben sie bereits 20.063 und im Jahr 2017 hat sich die Zahl mit 46.601 mehr als verdoppelt. Die Hilfsorganisationen finanzieren ihre lebensrettende Arbeit durch Spenden, die Crews arbeiten ehrenamtlich. Sie arbeiteten bis vor kurzem eng dem Maritime Rescue Coordination Centres (MRCC) Rom zusammen. Derzeit hat Italien die Zusammenarbeit eingestellt. In den letzten Wochen hat die italienische Regierung eine beispiellose Kampagne gegen die ehrenamtlichen Retterinnen und Retter geführt, an der sich auch die Regierung von Malta beteiligt. Rettungsoperationen werden behindert, Ehrenamtliche werden vor Gericht gestellt, Rettungsschiffe beschlagnahmt. Handelsschiffe meiden die Routen aus Sorge davor, im Seenotrettungsfall selbst wochenlang in keinen sicheren Hafen einlaufen zu können. Rund 2.000 sind nach Angaben des UNHCR allein von Januar bis Juli 2018 bei dem Versuch ertrunken, das Mittelmeer zu überqueren, um nach Europa zu gelangen. Gut die Hälfte von ihnen in den Monaten Juni und Juli, nachdem die nichtstaatlichen Seenotrettungsorganisationen durch die Festsetzung von Schiffen in italienischen und maltesischen Häfen massiv behindert wurden. Um es klar zu formulieren: Die ehrenamtlichen Seenotretterinnen und Seenotretter handeln auf Grundlage des Völkerrechts. Nach internationalem Seerecht und der Tradition zur See ist jede/r Schiffsführer/in auf hoher See innerhalb seiner/ihrer Möglichkeiten verpflichtet, unabhängig von Nationalität, Status und Umständen, in welchen sich die Hilfesuchenden befinden, bei Seenot unverzüglich Hilfe zu leisten, wenn er über eine konkrete Notsituation informiert wird. Mit der internationalen SAR-Konvention haben sich die Staaten verpflichtet bei Seenot ebenfalls Hilfe zu leisten, Hilfesuchende medizinisch zu versorgen und schnell an einen sicheren Ort zu bringen. Die Seenotrettung im Mittelmeer muss unverzüglich wieder aufgenommen und die Kriminalisierung nichtstaatlicher Seenotretter beendet werden. Dies alles sind die furchtbaren Folgen darauf, dass die Europäische Union bisher keinen gemeinsamen, gerechten und humanitären Umgang mit der Verteilung von Geflüchteten gefunden hat. Eine europäische Lösung muss nach wie vor das Ziel der politischen Bemühungen sein. Ebenso wie geordnete Verfahren und die Aussicht auf sichere Fluchtwege. Die EU hat hierzu Ansätze entwickelt, einzelne Mitgliedstaaten stellen jedoch schon die bisherige EU-Präsenz im Mittelmeer in Frage. Je weniger Schiffe auf dem Mittelmeer eingesetzt werden, desto geringer wird aber die Chance auf Seenotrettung

ce auf Seenotrettung auf den drei Haupttrouten. Auch deshalb muss Klarheit bezüglich der Ausschiffung von aus Seenot Geretteter geschaffen werden. Bis es zu einer Neuordnung der Europäischen Flüchtlingspolitik kommt, braucht es für die Übergangszeit unverzüglich eine Vereinbarung zur Wiederaufnahme der Seenotrettung. Italien und Malta wollen Schiffen mit Geretteten die Einfahrt in ihre Häfen nur ermöglichen, wenn die Geflüchteten im Anschluss von anderen europäischen Ländern aufgenommen werden und auf diese Weise die anderen europäischen Staaten in die Pflicht nehmen. Es gibt in Europa zahlreiche Verbündete, die sich an einer humanitären Zwischenlösung beteiligen wollen, darunter zahlreiche Hafenstädte Italiens. Spanien ist vielfach bereit, den Menschen einen sicheren Hafen zu bieten und nimmt zurzeit die meisten Bootsflüchtlinge auf. Hamburg fühlt sich als europäische Hanse- und Hafenstadt verpflichtet, Menschen in Seenot nicht einfach ihrem Schicksal zu überlassen. Damit auch in der Hansestadt aus Seenot gerettete Geflüchtete aufgenommen werden können, bedarf es des Einvernehmens mit dem Bundesinnenministerium, das in dieser Frage zum Handeln aufgefordert wird. Zuletzt wurden 50 von 141 Geretteten der „Aquarius“ aufgenommen. Der SPD Distrikt Bramfeld-Süd unterstützt die Forderung der SPD Bürgerschaftsfraktion, dass sich die Bundesregierung stärker engagiert und Geflüchtete aus dem Mittelmeer aufnimmt, dabei eine gesamteuropäische Lösung weiter voran treibt. Das Schiffe mit aus Seenot geretteten Menschen tagelang auf dem Meer herumirren, wie zuletzt geschehen, ist nicht akzeptabel und mit unseren Werten nicht vereinbar. Für uns steht fest: Hamburg ist und bleibt ein sicherer Hafen!

## **Der SPD Distrikt Bramfeld-Süd möge beschließen:**

1. Der Distrikt Bramfeld-Süd verurteilt die Behinderung der Seenotrettung und fordert alle politisch Verantwortlichen dazu auf, das Völkerrecht einzuhalten und Geflüchteten den Zugang zum nächsten sicheren Häfen zu ermöglichen.
2. Der Distrikt Bramfeld-Süd spricht den zivilen Retterinnen und Rettern den höchsten Respekt aus und fordert ein Ende ihrer Kriminalisierung und Behinderung.
3. Der Distrikt Bramfeld-Süd ersucht den Hamburger Senat dem Bundesinnenminis-



Terium mitzuteilen, dass Hamburg, im Rahmen einer bundesweiten Vereinbarung, bereit ist, Menschen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden, in Hamburg aufzunehmen, sowie die Bundesregierung aufzufordern, sich an einer humanitären Zwischenlösung in Europa aktiv zu beteiligen.

**Menschen aus Gründen der Abschreckung ertrinken zu lassen, kann niemals eine Option sein.**

## Beschluss Europäischen Rat vom 28.Juni 2018

Thema Ausschiffung von durch Such- und Rettungseinsätzen geretteten Menschen

Um das Geschäftsmodell der Schleuser endgültig zu zerschlagen und somit tragische Todesfälle zu verhindern, darf es keinen Anreiz dafür geben, sich auf eine gefährliche Reise zu wagen. Dies erfordert einen neuen, auf gemeinsamen oder einander ergänzenden Maßnahmen der Mitgliedstaaten beruhenden Ansatz im Hinblick auf die Ausschiffung der durch Such- und Rettungseinsätze geretteten Menschen. In diesem Zusammenhang fordert der Europäische Rat den Rat und die Kommission auf, das Konzept regionaler Ausschiffungsplattformen in enger Zusammenarbeit mit den betreffenden Drittländern sowie dem UNHCR und der IOM zügig auszuloten. Diese Plattformen sollten unter Unterscheidung individueller Gegebenheiten tätig sein, das Völkerrecht in vollem Umfang achten und vermeiden, dass eine Sogwirkung entsteht. Im Gebiet der EU sollten die geretteten Personen entsprechend dem Völkerrecht auf der Grundlage gemeinsamer Anstrengungen im Wege der Beförderung zu – in den Mitgliedsstaaten auf rein freiwilliger Basis eingerichteten – kontrollierten Zentren übernommen werden, in denen eine rasche und gesicherte Abfertigung es mit vollständiger Unterstützung durch die EU ermöglichen würde, zwischen irregulären Migranten, die rückgeführt werden, und Personen, die internationalen Schutz benötigen und für die der Grundsatz der Solidarität gelten würde, zu unterscheiden. Alle Maßnahmen im Zusammenhang mit diesen kontrollierten Zentren, einschließlich der Umsiedlung und der Neuan-

siedlung, erfolgen auf freiwilliger Basis, unbeschadet der Dublin-Reform.

Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der EU vor dem Europäischen Parlament am 12.9.2018 *„Wir können nicht bei der Ankunft jedes neuen Schiffes weiter über Ad-hoc-Lösungen für die Menschen an Bord streiten. Ad-hoc-Lösungen reichen nicht aus. Wir brauchen mehr Gegenwarts- und Zukunftssolidarität – Solidarität muss von Dauer sein.“*

## Europa am Scheideweg: Lassen wir unsere Humanität im Mittelmeer ertrinken?



Quelle: spd-mainz.de

Abgeordneter für die Hamburgische Bürgerschaft für den Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

### Abgeordnetenbüro Bramfeld

Bramfelder Abgeordneter: Jens Schwieger  
Bramfelder Chaussee 312 | 22177 Hamburg  
Telefon: 040 – 63 91 76 79  
E-Mail: buero@schwieger-hamburg.de



### SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg  
Telefon: 682 67 784  
E-Mail: spdfrak-wandsbek@t-online.de



### SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg  
Telefon: 689 44 511  
E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



### SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg  
Telefon: (040) 280 848 - 0  
Fax: (040) 280 848 - 18  
E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de

